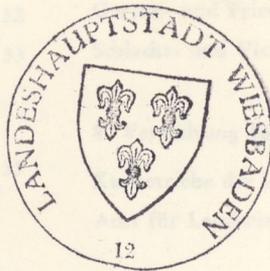




LANDESHAUPTSTADT WIESBADEN

Verwaltungsbericht 1956



Herausgegeben vom
Statistischen Amt und Wahlamt

4 FÜRSORGEVERWALTUNG UND JUGENDHILFE

Fürsorge- und Jugendamt

Dezernent: Stadtrat J o s t

Dienststellenleiter: Städt. Verwaltungsrat Dr. med. R o t h e

Personalbestand am 31. 3. 1957: 37 (36) Beamte, 138 (129) Angestellte, 57 (55) Arbeiter, 6 (8) Vorschülerinnen und Praktikantinnen.

In den Zahlen sind nicht die 10 (11) in dem Pflege- und Altersheim Wiesbaden-Biebrich eingesetzten Diakonissen enthalten.

Fürsorgeamt

Ab 1. April 1956 wurden die Fürsorgesätze für Alleinstehende auf 66 DM, für Haushaltsvorstände auf 60 DM, für Haushaltsangehörige über 14 Jahre auf 48 DM, für Kinder im Alter von 7—14 Jahre auf 42 DM und für Kinder im Alter von unter 7 Jahren auf 33 DM monatlich erhöht.

Durch das am 1. Juli 1956 in Kraft getretene Bundesgesetz über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehung wurde § 20 der Fürsorgepflichtverordnung auch für das Land Hessen wieder in Kraft gesetzt. Hiernach können arbeitsfähige Personen, die infolge sittlichen Verschuldens der Fürsorge anheimfallen oder Unterhaltspflichtige anheimfallen lassen, in ein Arbeitshaus eingewiesen werden, wenn sie die Arbeit beharrlich ablehnen oder sich der Unterhaltspflicht beharrlich entziehen.

In 27 Fällen von Erstattungsansprüchen hat die *Stelle für Fürsorgestreitsachen und besondere Fürsorgeangelegenheiten* die Entscheidung des Beschlüssausschusses herbeigeführt, der in allen Fällen den Anträgen stattgegeben und die Beschlüsse für vorläufig vollstreckbar erklärt hat.

Neben der Realisierung von Erstattungsansprüchen konnte die Sicherung von Ansprüchen durch Bestellung von Sicherungshypotheken, Verpfändung von Hypotheken, Wertpapieren, Sparguthaben, Ansprüchen aus dem LAG und Erbanteilen in einer Gesamthöhe von ca. 235 000 DM erzielt werden.

Die *Zentralkartei* des Amtes hatte ca. 3000 Zugänge zu verzeichnen. Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse waren am 31. 3. 1957 = 1571 (1684) Parteien Fürsorgeempfänger und 1257 (1341) Parteien Unterhaltshilfeempfänger gemeldet, für die 299 812 (311 304) DM Krankenhilfe aufgewendet wurden.

In der *Familienfürsorge* waren insgesamt 22 072 Fälle zu betreuen.

Die Fürsorgetätigkeit in der offenen Fürsorge

Empfängergruppen	Stand 31. 3. 1956		Stand 31. 3. 1957	
	Parteien	Personen	Parteien	Personen
I. Allgemeine Fürsorge	3 489	5 328	3 504	5 112
darunter Tbc-Hilfe	284	589	378	724
II. Kriegsfolgenhilfe	1 942	2 946	1 967	2 786
darunter Tbc-Hilfe	216	445	205	403
Zusammen:	5 431	8 274	5 471	7 898

Finanzielle Entwicklung

Aufwand in der offenen Fürsorge

Art der Unterstützung	1956 DM	1955*) DM
Laufende Unterstützung	3 363 265	3 194 136
Einmalige Unterstützung		
der offenen wirtschaftlichen Fürsorge	1 398 745	985 452
der offenen gesundheitlichen Fürsorge	203 660	191 610
Krankenversicherung für Unterhaltshilfe-Empfänger	241 013	233 374
Zusammen	5 206 683	4 604 572

*) Bei Vergleichen mit den vorjährigen Berichten ist zu berücksichtigen, daß die Übersichten durch Änderung der Statistik nicht mit den Vorjahren vergleichbar sind.

Die Ausgabensteigerung ist durch die Richtsatzerhöhung, die Erhöhung der Kosten für die Krankenversorgung und durch ein Ansteigen der einmaligen Beihilfen bedingt.

Mit *Winterbrandbeihilfen* wurden unterstützt:

7895 (7424) Parteien bzw. 11 340 (10 339) Personen mit insgesamt 435 344 (423 161) DM.

Die geschlossene Fürsorge

Der Gesamtaufwand in der geschlossenen Fürsorge hat sich gegenüber dem Vorjahre erhöht. Die Erhöhung ist im wesentlichen auf die Erhöhung der Pflegesätze zurückzuführen.

Übersicht

Art der Unterbringung	am 31. 3. 1957 untergebrachte Personen	Aufwand in der Zeit vom 1. 4. 1956 bis 31. 3. 1957 DM
1. Alters- und Siechenheime	638 (641)	1 017 271 (895 376)
2. Entbindungs- und Wöchnerinnen-Heime	— (5)	2 494 (3 472)
3. Säuglingsheime und -stationen	98 (85)	136 065 (98 240)
4. Genesungs- und Erholungsheime	3 (—)	3 489 (3 170)
5. Kindererholungsheime	135 (96)	219 000 (255 707)
6. Sonstige Heime für vorschulpflichtige, schulpflichtige und schulentlassene Minderjährige	520 (463)	674 896 (590 667)
7. Anstalten für Blinde, Krüppel, Taubstumme, Nerven- und Geisteskranke	673 (666)	737 099 (662 089)
8. Sonstige Heime und Anstalten	30 (22)	29 542 (50 521)
Zusammen	2097 (1 978)	2 819 856 (2 559 242)
Außerdem Untergebrachte in Krankenanstalten	102 (126)	306 320 (244 337)
Verpflegungstage		29 610 (26 331)

Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene

Nach der ab 1. 4. 1956 geltenden 5. Novelle zum Bundesversorgungsgesetz ist der sonderfürsorgeberechtigte Personenkreis durch diejenigen Schwerkriegsbeschädigten erweitert worden, bei denen auf Grund einer Tuberkulose Wehrdienstbeschädigung mit einer Erwerbsminderung von mindestens 50% anerkannt wurde.

In der sozialen Betreuung der Fürsorgestelle standen:

Aus dem Weltkrieg 1914/18		Aus dem Weltkrieg 1939/45	
Kriegsbeschädigte . . .	1210 (1480)	Kriegsbeschädigte . . .	5180 (6780)
Kriegshinterbliebene . .	1420 (1440)	Kriegshinterbliebene . .	6588 (9220)

Die Abnahme seit dem Vorjahr ist nicht auf Abgänge zurückzuführen. In den Vorjahren wurden alle aktenmäßig erfaßten Personen aufgeführt, auch wenn sie nicht oder nur selten die Fürsorgestelle in Anspruch nahmen. Aus den nunmehr angeführten Zahlen ist der tatsächliche Umfang der Betreuungsarbeit zu ersehen.

Schwerbeschädigtenausweise

Zur unentgeltlichen Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel wurden 1876 (420) Ausweise neu ausgestellt. 3510 (3139) Ausweise wurden verlängert. Abgelehnt wurden wegen fehlender Voraussetzungen 235 (192) Anträge.

Beihilfen und Darlehen aus Mitteln der Hauptfürsorgestelle

An 1616 (1657) Schwerbeschädigte und Kriegshinterbliebene wurden, nachdem die Anträge von der Fürsorgestelle überprüft und mit einer Stellungnahme an die Hauptfürsorgestelle zur Entscheidung weitergegeben wurden, 150 238 (152 533) DM an Beihilfen bewilligt. Die bewilligten Beträge wurden von dem hiesigen Amt ausgezahlt. In eigener Zuständigkeit wurde über 740 (633) Anträge positiv entschieden und zur Behebung von Notständen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe insgesamt 66 350 (43 778) DM verausgabt. Daneben wurden wiederum Anträge auf Beschaffungs-, Produktions- und Baudarlehen von Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen entgegengenommen, geprüft und der Hauptfürsorgestelle zur Entscheidung vorgelegt. In 422 (674) Fällen wurden insgesamt 319 132 (243 763) DM bewilligt. Außerdem wurden in eigener Zuständigkeit weitere 45 982 (18 571) DM als Beschaffungsdarlehen verausgabt.

Erholungskuren

Bei voller Kostenübernahme durch die Hauptfürsorgestelle konnten 162 berufstätige Schwerbeschädigte zu einem 14tägigen Erholungsaufenthalt verschickt werden.

Berufsfürsorge für Schwerbeschädigte und Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes

a) Berufsfürsorge

- 46 Anträge auf Einleitung von Berufsförderungsmaßnahmen nach § 25 Abs. 1 und § 26 Bundesversorgungsgesetz und
- 22 Anträge auf Weiterbewilligung von Berufsförderungsmaßnahmen mußten bearbeitet werden.

b) Bezüglich der Maßnahmen zur Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes ergibt sich folgendes Bild:

Gleichstellungsanträge § 2 Abs. 1—2 SbG.	184	(243) Fälle
Beschwerde gegen ablehnende Gleichstellungsbescheide	29	(53) Fälle
Kündigungen von Schwerbeschädigten	45	(112) Fälle

Erziehungsbeihilfen nach § 27 Bundesversorgungsgesetz erhielten bis 31. 3. 1957 in der offenen Fürsorge 829 (581) Personen und in der geschlossenen Fürsorge 24 (18) Personen.

Pflegegeld für Zivilblinde wurde an 195 Blinde mit 187 235 DM gezahlt.

Besondere Fürsorgemaßnahmen

Weihnachtsbeihilfen

Der Gesamtaufwand an Weihnachtsbeihilfen für 7103 (7184) Parteien bzw. 11 468 (11 045) Personen Fürsorgeempfänger und Minderbemittelte betrug 330 486 (323 962) DM.

Sonderaufgaben

Flüchtlingsdienst

Im Berichtsjahr wurden 2223 Anträge auf Ausstellung eines Flüchtlingsausweises entgegengenommen. 1118 Antragsteller erhielten Ausweis A, 133 Antragsteller erhielten Ausweis B und 886 Antragsteller erhielten Ausweis C.

577 Anträge fanden Erledigung durch Ablehnung, Zurückziehung usw. Daneben wurden 211 Anfragen der Heimatauskunftsstellen und Heimatortskarteien im Rahmen des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes beantwortet. In 316 Fällen mußten eidesstattliche Versicherungen nach § 98 BVFG und dem Häftlingshilfegesetz entgegengenommen werden.

Betreuung der Besucher aus der Sowjetischen Besatzungszone

Im Berichtsjahr mußten 593 Anträge auf Krankenhilfe bearbeitet werden. Insgesamt 7093 Gutscheine für die Rückreise von Wiesbaden nach Wartha wurden ausgestellt. Außerdem wurden 2261 Fahrscheinheftchen zur Benutzung der städtischen Verkehrsmittel an gehbehinderte Besucher ausgegeben. Seit 17. 11. 1956 wird auf Antrag an jeden Besucher aus der SBZ ein einmaliger Betrag von 10 DM gezahlt. Bis zum 31. 3. 1957 wurden 3258 Anträge bearbeitet.

Heimkehrerbetreuung

Insgesamt wurden 27 Kriegsgefangene und 31 ehemalige politische Häftlinge, darunter 14 Frauen, durch die Betreuungsstelle und den Flüchtlingsdienst registriert.

Schulspeisung

Insgesamt wurden 459 726 (477 110) Portionen Milchfrühstück ausgegeben. Für die ab 8. 1. 1957 ausgegebenen Portionen haben Bund und Land im Rahmen des grünen Planes einen Zuschuß von 9 $\frac{1}{3}$ Pf je Portion gewährt.

Armenrechtszeugnisse

2341 (2589) Zeugnisse zur Erlangung des Armenrechts wurden ausgestellt.

Rundfunkgebührenbefreiung

5980 Anträge wurden nachgeprüft und verlängert, 732 neue Anträge wurden bewilligt und 639 Anträge abgelehnt.

Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Jugendamtes

Belegungsübersicht:

Anstalt	Zahl der Insassen am 31. 3. 1957			Zahl der Verpflegungstage				
	männlich	weiblich	zusammen	davon		Fürsorge- empfänger	Selbst- zahler	zusammen
			Fürsorge- empfänger	Selbst- zahler				
Pflege- u. Altersheim Wiesbaden-Biebrich								
Siechenabteilung	45	96	141					
Altersabteilung	19	6	25					
Zusammen	64	102	166	118	48	45 954	14 628	60 582
Altersheim Waldfriede „Gärtnerstiftung“	16	24	40	37	3	14 930	736	15 666
Altersheim Nerotal	4	27	32	26	6	9 434	3 008	12 442
Damenaltersheim „von Zedlitzheim“	—	15	15	—	15	—	5 475	5 475

Städtisches Säuglings- und Kinderheim

Belegungsübersicht

Bettenzahl	durchschnittliche Belegung	Selbstzahler	davon Hilfsbedürftige
105* (105*)	86 (95)	8 (10)	78 (85)
* einschl. 5 Notbetten			

Im Städtischen Übernachtungsheim und Vorasyl für Jugendliche

belief sich die Übernachtungszahl der obdachlosen und durchreisenden Frauen auf 11 539 (10 976). Im Vorasyl wurden 229 (238) Jugendliche erfaßt.

Volksküche am Boseplatz

Die Küche belieferte die Schulen mit festen Schulspeisungsportionen. Durch den Milcheinzelhandel wurden 459 726 (447 110) Flaschen tuberkulosefreie Vollmilch an die Schulen geliefert. Die Zahl der zubereiteten Mittagessen betrug 128 486 (126 521) Portionen. Das Stadtamt für Leibesübungen und Jugendpflege erhielt für die Teilnehmer zu Fahrten in die Jugendheime und Freizeitlager 34 758 (27 118) Portionen Schulspeisung.

Kinderspielplätze

Die Anlage neuer Kinderspielplätze wurde fortgesetzt. Nach Fertigstellung der Kinderspielplätze Blücherstraße, Steinberger Straße, Dambachtal, Wiesbaden-Schierstein und Bertramstraße stehen nunmehr 20 Spielplätze zur Verfügung. In Kastel konnte der Kinderspielplatz Ludwigsplatz seiner Bestimmung übergeben werden, so daß in AKK nunmehr 3 Spielplätze zur Verfügung stehen.

Außenstelle bei den Städtischen Krankenanstalten

3035 (3182) Krankenhausfälle mußten in Kontrolle genommen werden, da die Kostenträgerfrage zunächst nicht einwandfrei geklärt war. 686 (716) Fälle wurden bei dem Fürsorgeamt vorläufig

und 465 (522) endgültig angemeldet. Die Aufnahme von 1980 (2113) Fürsorgeempfängern und 100 (136) Unterhaltshilfeempfängern mußte dem Fürsorgeamt gemeldet werden.

Krankenhausfürsorge

Die Leistungen in der sozialen Krankenhausfürsorge zeigt folgende Übersicht:

Zahl der bearbeiteten Fälle	3 595	(2 751)
Aufnahme der Erstverhandlungen	507	(578)
Unterbringungen	254	(242)
Beschaffung von Hauspflegen	24	(15)
Antragstellung für möglichst schnelle Rentenbewilligung und Vermittlung für frühzeitige Verlegung in Spezialheilstätten	} zur Kosten- und Betteneinsparung	} 41 (40)
Vermittlung in Arbeitsstellen		
Vermittelnde und betreuende Tätigkeit zur Hebung der Gesundheit:		
Eiholungsverschickung	16	(16)
Hausbesuche	40	(20)
Sachbeschaffung und Mietregelungen	51	(40)
Vermittlungen zwecks Kostenregelung, Besorgungen usw. (bei längerem Krankenhausaufenthalt)	985	(781)
Schwangerenbetreuung	12	(11)
Mütterbetreuung	1 060	(1 961)
Aufnahme der Amtsvormundschaftsverhandlungen	327	(344)

Jugendamt

Wirtschaftliche Entwicklung und Sozialmaßnahmen zeigen ihre Auswirkungen auch in der Jugendfürsorge. Bei fallender Zahl der Eheschließungen (1955: 2754, 1956: 2586) und Stabilisierung der Geburtenzahl (1955: 2976, 1956: 2979) ist der uneheliche Geburtenanteil erheblich gesunken (1955: 14,1%, 1956: 11,9%).

In der Amtsvormundschaft bedeutet dieser seit Jahren erstmals beobachtete Rückgang unehelicher Geburten von 427 auf 355 zugleich auch einen Rückgang um 75 Vormundschaften mit allen erfreulichen Nebenwirkungen im Innendienst, etwa durch den Rückgang der Unterhaltsprozesse um 18 oder im Gemeindevaisenrat durch den Rückgang der Erstvernehmungen unehelicher Mütter um 109. Mittelbar sank die Zahl der Vormundschaftsgerichtshilfen in der Überwachung der Vormünder um 115 und die Rechtshilfeersuchen anderer Jugendämter um 82. Leider sank aber auch die Zahl der Neuanträge auf Pflegerlaubnis um 112 und in der Pflegestellenvermittlung um 14, trotz laufender Werbung und allgemeiner Pflegesatzerhöhung. Dagegen konnten die Adoptionsvermittlungen um 6 gesteigert werden. Ebenso erfreulich ist der weitere absolute Rückgang der Zahl der Fürsorgezöglinge um 35 und der Überwachungen um 12.

Aus Mitteln des Bezirksfürsorgeverbandes wurden durch das Sachgebiet „Wirtschaftliche Fürsorge für Minderjährige“ 172 Minderjährige in Familienpflege, 548 Minderjährige in Heimpflege und 73 Minderjährige in Erziehungsfürsorge betreut.

Gegen 9 Unterhaltspflichtige, die sich der Unterhaltspflicht entzogen, wurden Anzeigen erstattet. In 12 Fällen wurden beim Beschlußausschuß in Fürsorgeangelegenheiten Anträge auf Verpflichtung der Unterhaltspflichtigen gemäß § 23 RFV gestellt.

Statistischer Überblick

Amtsvormundschaft	1955/56	1956/57
Führung gesetzlicher Amtsvormundschaften	2917	2873
Führung bestellter Vormund- und Pflegschaften	507	476
Rechtshängige Unterhaltsklagen	302	285
Rechtshilfeersuchen anderer Jugendämter	114	115

<i>Gemeindewaisenrat</i>	1955/56	1956/57
Vorschläge geeigneter Personen als Vormünder, Pfleger, Beistände	228	297
Unterstützung des Vormundschaftsgerichts in der Überwachung der Vormünder	411	296
Erstvernehmungen unehelicher Mütter	462	353
Rechtshilfeersuchen anderer Jugendämter	394	312
Uneheliche Geburten	462	353
Ost-Verrechnung	85	105
Transferierung Österreich	12	14
<i>Pflegekinderschutz</i>		
Vermittlung von Kindern in Pflegestellen	57	43
Anträge auf Halteerlaubnis	237	125
Aufsichten über Pflegekinder	392	364
Adoptionsvermittlungen	18	24
<i>Erziehungshilfe</i>		
Laufende Erziehungsüberwachungen	226	241
Laufende Schutzaufsichten	118	106
Laufende Aufsichten über beurlaubte Fürsorgezöglinge	67	35
Minderjährige in Fürsorgeerziehung	299	264
Anträge auf Schutzaufsichten	2	4
Anträge auf Aufhebung der Schutzaufsicht	26	20
Anträge auf Erziehungsfürsorge oder Fürsorgeerziehung	105	129
Anträge auf Sorgerechtsentziehung	37	32
Jugendgerichtshilfe	713	959
Gutachtliche Mitwirkung bei familienrechtlichen Regelungen	328	322
Transporte von Jugendlichen	195	169

Auch dieser Verwaltungsbericht sei nicht abgeschlossen ohne einen dankbaren Hinweis auf die enge und erfolgreiche Mitarbeit der freien Wohlfahrtsverbände.

Ausgleichsamt

Dezernent: Stadtrat J o s t

Dienststellenleiter: Städt. Verwaltungsrat Dr. G o l e g a

Personalbestand am 31. 3. 1957: 33 (23) Beamte, 78 (77) Angestellte.

Die Aufgaben und Arbeiten des Ausgleichsamtes blieben in ihren Grundlagen nach den bereits früher vorgenommenen Gesetzesänderungen konstant, nicht aber in der Arbeitsleistung, die auf Grund der gegebenen Weisungen und Richtlinien in der Erfüllung der Leistung sich erheblich vermehrte, so daß ab 1. August 1956 weitere 12 Planstellen für die Sachgebiete Feststellung und Hausratsentschädigung geschaffen und besetzt wurden.

Wie bereits erwähnt, sind im Jahre 1956 neue Gesetzesänderungen nicht erlassen worden. In diesem Zusammenhang muß aber auf die Aufnahme der Ungarnflüchtlinge in den Personenkreis der Lastenausgleichsberechtigten verwiesen werden. Wegen der mit der Eingliederung des Saarlandes verbundenen Fragen des Verhältnisses zwischen Lastenausgleichsrecht und saarländischem Recht erging ein besonderes Rundschreiben des Bundesausgleichsamtes vom 15. 3. 1957.

Kriegsschadenrente

Das im Juni 1956 vom Bundesausgleichsamt veröffentlichte Rundschreiben betr. „Vertreibungsschäden in den Westgebieten“ trägt den für die Westgebiete gegenüber den Ostgebieten ent-

scheidenden Besonderheiten Rechnung, z. B. den Möglichkeiten der individuellen oder allgemeinen Rückgabe von Wirtschaftsgütern, den Schwierigkeiten in der Beurteilung des Kausalzusammenhanges und den anders gearteten Beweismöglichkeiten. Es erforderte eine Überprüfung sämtlicher Akten der Westvertriebenen.

Weitere Bearbeitungsgrundlagen, die eine generelle Überprüfung aller laufenden und teilweise auch eingestellten Fälle erforderte, waren die „Zweite Weisung zur Änderung der Weisung über Leistungen zur Milderung von Härten“ vom 18. 6. 1956 (Mtbl. BAA Seite 293), das Rundschreiben des Bundesausgleichsamtes betr. Aufhebung und Änderung von Bescheiden vom 12. 9. 1956 (Mtbl. BAA Seite 491) und die „Durchführungsbestimmungen zur Weisung über Leistungen zur Milderung von Härten“ (DB-Härtefonds) vom 11. 2. 1957 (Mtbl. BAA Seite 52). Am 28. 11. 1956 wurde noch das 2. Unterhaltshilfeszulagegesetz verkündet (BGBl. I Seite 85), durch das im Dezember 1956 die Empfänger von Unterhaltshilfe eine Sonderzulage erhielten, denen eine solche aus der Sozialversicherung nicht gewährt werden konnte.

Die mit dem Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz und dem Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz verbundenen Arbeiten wurden vorbereitet.

	Vertriebene	Kriegs- sach- geschädigte	Ostge- schädigte	Sparer	Politisch Verfolgte	Gesamt- zahl	Beihilfen zum Lebensunterhalt a. d. Härtefonds
Eingegangene Anträge	3012 (2818)	689 (659)	9 (9)	4476 (4387)	11 (11)	8197 (7884)	90 (75)
Bewilligte Anträge	2269 (2046)	425 (388)	4 (4)	3176 (2929)	8 (8)	5882 (5375)	48 (30)
Hiervon am 31. 3. 1957 (31. 3. 56) noch laufende Fälle	1572 (1492)	238 (225)	4 (4)	1806 (1833)	— (—)	3620 (3554)	37 (18)
Abgelehnte Anträge	544 (458)	139 (112)	2 (2)	1112 (1025)	3 (2)	1800 (1599)	37 (26)
Unerledigte Anträge	199 (314)	125 (159)	3 (3)	188 (433)	— (1)	515 (910)	5 (19)

Aufwand — in Tausend DM:	Unterhaltshilfe	2812,9	(2710,1)
	Krankenversorgung	62,7	(76,9)
	Sterbegeld	41,0	(45,7)
	Entschädigungsrente	689,6	(229,8)
	Beihilfen zum Lebensunterhalt aus dem Härtefonds	33,2	(17,4)

Anmerkung:

Während sich der angegebene Aufwand auf die Zeit vom 1. 4. 1956 bis 31. 3. 1957 erstreckt, geben alle übrigen Leistungszahlen den Stand vom 31. 3. 1957 der seit Bestehen des LAG geführten Fortschreibungsstatistik wieder.

Hauptentschädigung

Da im Rechnungsjahr 1956 keine Barzahlungen möglich waren, bestand die Hauptaufgabe des Sachgebietes darin, die Akten bis zur Zuerkennung des Bescheides zu ergänzen, d. h. die Vermögenswerte der Geschädigten zum Währungsstichtag (21. 6. 1948) zu ermitteln, um die Endgrundbeträge nach den §§ 246—249a LAG berechnen zu können.

	Vertriebene	Kriegssach- geschädigte	Ost- geschädigte	Gesamt- zahl
Eingegangene Anträge	117 (3)	74 (10)	11 (—)	202 (13)
Bewilligte bzw. anerkannte Anträge	68 (2)	47 (3)	10 (—)	125 (5)
Unerledigte Anträge	49 (1)	27 (7)	1 (—)	77 (8)

Eingliederungsdarlehen

Neuanträge auf Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe waren weiterhin rückläufig, während die Anträge auf Belassung von Darlehen bei geänderten Vorhaben auf Auswechslung von Sicherheiten oder auf Stundung der Zins- und Tilgungsbeträge einen immer größeren Umfang annehmen.

Bis zum 31. 3. 1957 sind bewilligt worden:

durch das Ausgleichsamt

545 (545) Darlehen mit 2 855 500 (2 855 500) DM nach dem SHG,

340 (311) Darlehen mit 2 422 100 (2 110 200) DM nach dem LAG und

60 (51) Darlehen mit 450 900 (378 200) DM nach den Bestimmungen des Härtefonds

durch das Landesausgleichsamt

141 (102) Darlehen mit 2 775 950 (2 072 000) DM nach dem LAG und

39 (31) Darlehen mit 855 000 (693 000) DM nach den Bestimmungen des Härtefonds

Die Zahl der notleidend gewordenen, von den Ausgleichsämtern zu überwachenden Darlehen erhöhte sich von 28 auf 48.

Die Weisung über Aufbaudarlehen in der Landwirtschaft ist am 3. 7. 1956 neu gefaßt und veröffentlicht worden (Mtbl. BAA Seite 338).

Die trotz aller Leistungen auf dem Wohnungsbausektor bestehende große Wohnungsnot läßt noch immer die Zahl der Anträge auf Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau ansteigen. Am 1. Januar 1957 trat die Neufassung der Weisung über Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau (AW-Weisung) vom 3. 9. 1956 in Kraft (Mtbl. BAA Seite 543). Durch die Anfügung des Absatzes 4 zu § 254 LAG kann ab 1. 7. 1956 ein Aufbaudarlehen bereits zum Erwerb des Baugrundstücks für ein Familienheim gewährt werden, wenn gesichert erscheint, daß das Bauvorhaben alsbald durchgeführt wird.

Aufbaudarlehnsanträge ¹⁾	Gewerbliche Wirtschaft und freie Berufe					Landwirtschaft				Wohnungsbau		Arbeitsplatzdarlehen
	Vertriebene	Kriegs-sachgeschäd.	Politisch Verfolgte	Gesamtzahl	Härtefonds	Vertriebene	Kriegs-sachgeschäd.	Gesamtzahl	Härtefonds	Härtefonds		
Eingegangen . .	822 (723)	487 (445)	18 (18)	1327 (1186)	345 (304)	63 (47)	27 (26)	90 (73)	—	3817 (2612)	305 (229)	31 (31)
Bewilligt . . .	222 (196)	96 (91)	1 (1)	319 (288)	60 (50)	20 (15)	17 (16)	37 (31)	—	1839 (911)	81 (26)	1 (1)
Abgelehnt, zurückgezogen oder sonstwie erledigt ²⁾ .	534 (473)	338 (301)	17 (17)	889 (791)	274 (254)	37 (29)	10 (9)	47 (38)	—	1793 (1599)	213 (192)	30 (30)
Unerledigt . .	66 (54)	53 (53)	— (—)	119 (107)	11 (—)	6 (3)	— (1)	6 (4)	—	185 (102)	11 (11)	— (—)
Aufwand ¹⁾	290 800 (491 600) DM				91 500 (104 000) DM	83 000 (112 000) DM			—	3 141 600 (1 670 000) DM	198 800 (85 600) DM	— (90 000) DM

Anmerkungen:

¹⁾ Während sich der angegebene Aufwand auf die Zeit vom 1. 4. 1956 bis 31. 3. 1957 erstreckt, geben alle übrigen Leistungszahlen den Stand vom 31. 3. 1957 der seit Bestehen des LAG geführten Fortschreibungsstatistik wieder.

²⁾ In den Zahlen sind auch die an das Landesausgleichsamt abgegebenen Anträge enthalten.

Wohnraumhilfe

Mit der Verkündung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz) vom 27. 6. 1957 (BGBl. I Seite 523), das am 1. 7. 1956 in Kraft getreten ist, sind die Voraussetzungen der Wohnraumhilfe gemäß § 298 LAG neu gefaßt worden.

			Härtefonds
Eingegangene Anträge	1201	(1645)	71 (91)
Bewilligte Anträge	887	(1441)	49 (79)
Abgelehnte oder zurückgezogene Anträge	225	(155)	22 (9)
Unerledigte Anträge	89	(49)	— (3)

Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener — Altsparerentschädigung —

Da noch immer eine große Zahl von Geschädigten beweiskräftige Unterlagen beibringt, ist ein Rückgang von Anträgen nicht zu verzeichnen.

	WAG		ASpG
Eingegangene Anträge	643	(550)	745 (373)
Bewilligte Anträge	6,5% 291		254 (82)
	13,5% 436=727	(525)	
Abgelehnte od. zurückgezogene Anträge	473	(1135)	93 (27)
Unerledigte Anträge	1285	(1406)	398 (264)

Der Entschädigungsbetrag der vom Ausgleichsamt bewilligten Anträge betrug 142 117 (251 962) DM und der der Geldinstitute 31 831 (165 728) DM. An Unkostenbeiträgen für die Geldinstitute wurden nach § 14 WAG 352 (2780) DM und nach § 23 ASpG 10 717 (180 933) DM geleistet.

Sonstige Förderungsmaßnahmen

Ausbildungshilfe

Die Zuständigkeit für die Anträge auf Ausbildungshilfe richtet sich jetzt ausschließlich nach dem Wohnort des Unterhaltsverpflichteten und ist somit vereinheitlicht worden. Die rückwirkende Bewilligung von Beihilfen ist weggefallen.

Heimförderung

Die Zahl der Anträge auf Heimförderungsdarlehen ist erheblich zurückgegangen, da der Kontrollausschuß beim Bundesausschuss festgelegt hat, daß nur noch Altersheime und Schwesternwohnheime gefördert werden dürfen.

	Ausbildungshilfe	Beihilfen zur Berufsausbildung aus dem Härtefonds	Heimförderung
Eingegangene Anträge	683 (791)	149 (132)	4 (15)
Bewilligte Anträge	513 (589)	99 (70)	— (4)
Abgelehnte oder zurückgezogene Anträge	170 (202)	31 (35)	3 (8)
Unerledigte Anträge	— (—)	19 (27)	1 (3)
Aufwand	368 800 (371 400) DM	83 300 (46 600) DM	— (85 000) DM

Feststellung

Die Bestimmungen zur Feststellung von Vertreibungs-, Kriegssach- und Ostschäden sind wesentlich erweitert worden, so daß nunmehr für alle größeren Schadensgebiete Durchführungsverordnungen vorliegen.

Die Vermehrung der Bewertergruppen, die aus je 1 Bewerter, 1 Mitarbeiter und 1 Schreibkraft bestehen, von 4 auf 7 Gruppen sowie die Trennung der Bearbeitung der Vertreibungs- und Ostschäden von den Kriegssachschäden erhöhten wesentlich die Zahl der Feststellungsbescheide.

Hauptanträge	Vertreibungs- schäden	Kriegssach- schäden	Ostschäden	Gesamt- zahl
Eingegangen	14 072 (13 328)	12 916 (12 612)	444 (435)	27 432 (26 375)
Hiervon wurden erledigt durch Bescheid	859 (256)	538 (161)	26 (2)	1 423 (419)
und durch Teilbescheid	1 032 (399)	97 (30)	19 (2)	1 148 (431)
Zurückgezogen	71 (—)	6 (—)	— (—)	77 (—)
Mithin noch unerledigt	12 110 (12 673)	12 275 (12 421)	399 (431)	24 784 (25 525)

Hausratentschädigung

Für die Auszahlung der 1. Rate Hausrathilfe wurden sämtliche Anträge freigegeben, während für die 2. Rate die erforderliche Punktzahl von mindestens 60 Punkten auf 50 Punkte ermäßigt wurde. Durch diese Freigaben standen auch die seither nur selten zum Zuge kommenden Erbanträge an, die bei mehreren Erben zusammenzufassen waren und einen erheblichen Schriftverkehr mit den auswärtigen Ausgleichsamtern bedingten.

Die Größe des Sachgebietes erforderte eine straffere Organisation durch Einrichtung von vier Arbeitsgruppen, die aus je 1 Gruppenersten, 3 Sachbearbeitern und 1 Schreibkraft bestehen. Hierdurch wurde eine Steigerung der Zahl der Feststellungsbescheide von 4287 im Vorjahr auf 6291 im Berichtsjahr erzielt.

	Vertreibungs- schäden	Kriegs- sachschäden	Ost- schäden	Gesamt- zahl	Beihilfen zur Beschaffung von Hausrat aus dem Härtefonds
Eingegangene Anträge	16 616 (16 023)	16 504 (16 003)	23 (23)	33 143 (32 049)	1 484 (1 130)
Bewilligte Anträge					
1. Rate	11 707 (9 257)	10 782 (8 645)	9 (4)	22 498 (17 906)	1 092 (662)
2. Rate	8 651 (6 213)	8 211 (5 719)	4 (3)	16 866 (11 935)	831 (460)
Abgelehnte oder zurück- gezogene Anträge	1 623 (754)	1 668 (837)	— (1)	3 291 (1 592)	8 (5)
Unerledigte Anträge	3 286 (6 012)	4 054 (6 521)	12 (18)	7 354 (12 551)	384 (463)
Aufwand (in Tausend DM)		3 377,9 (4 366,0)			382,2 (554,1)

Kriegsgefangenenentschädigung

Bis zum 31. März 1957 sind 3 630 832 DM Kriegsgefangenenbarentschädigung ausgezahlt worden. Der nach § 12 Abs. 1 KgfEG gebildete Ausschuß führte 5 (2) Sitzungen durch, in denen über 136 (194) Anträge auf Barentschädigung entschieden wurde.

Der Prüfungsausschuß gemäß § 39 KgfEG entschied in 5 Sitzungen über 8 Darlehensanträge.

	Barentschädigung	Darlehen		Beihilfen zur Beschaffung von Hausrat
		zum Aufbau und zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz	zur Beschaffung von Wohnraum	
Eingegangene Anträge	8051 (7470)	34 (23)	144 (102)	88 (51)
Bewilligte Anträge	5644 (1534)	6 (4)	61 (6)	63 (41)
Abgelehnte oder zurückgezogene Anträge	557 (309)	12 (1)	30 (16)	15 (—)
Unerledigte Anträge	1850 (5627)	16 (18)	53 (80)	10 (10)

Ausgleichsausschüsse

Die Tätigkeit der Ausgleichsausschüsse ist zwar etwas rückläufig, jedoch noch immer sehr umfangreich.

Ausschuß für die Durchführung des Lastenausgleichsgesetzes:

27 (34) Sitzungen
1890 (2523) Anträge und Einsprüche auf Kriegsschadenrente, Ausbildungshilfe und Hausratshilfe sowie auf Wohnraumhilfe

Ausschuß für die Durchführung des Währungsausgleichsgesetzes:

5 (6) Sitzungen
413 (1287) Anträge

Ausschuß für die Durchführung des Gesetzes zur Milderung von Härten der Währungsreform (Altspargesetz):

5 (—) Sitzungen
161 (—) Anträge

Ausschuß für die Durchführung des Feststellungsgesetzes:

3 (2) Sitzungen
69 (43) Anträge auf Feststellung von Vertreibungs-, Kriegssach- und Ostschäden

Prüfungsausschuß für Eingliederungsdarlehen:

22 (25) Sitzungen
207 (313) Anträge auf Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe
15 (7) Anträge auf Aufbaudarlehen für die Landwirtschaft

Stadtamt für Leibesübungen und Jugendpflege

Dezernent: Stadtrat Drebert

Dienststellenleiter: Direktor Beck

Personalbestand am 31. 3. 1957: 2 (2) Beamte, 24 (12) Angestellte, 37 (21) Arbeiter.

Die Vermehrung des Personals ist auf die Angliederung des Schwimmbades Kleinfeldchen, des Rhein-Strandbades, des Luftbades und der Volksbrausebäder zurückzuführen.

Die „Bundes-Jugendspiele“, Deutschlands größter Jugendwettbewerb, haben in erfreulicher Weise eine weitere Steigerung in Teilnahme und Leistung zu verzeichnen, wie auch aus der großen Zahl der ausgegebenen Ehren-Urkunden des Herrn Bundespräsidenten hervorgeht, die nur für sehr gute Leistungen verliehen werden.

	Teilnehmer	Sieger wurden	Ehren-Urkunden erhielten
1954	15 651	4451	598
1955	17 107	5574	789
1956	18 947	5668	936

Im Vergleichs-Schwimmen der deutschen Schulen steht unsere Stadt bei den Großstädten weiterhin mit Abstand an der Spitze. Der planvoll aufgebaute und in Halbjahreskursen durchgeführte Schul-Schwimmunterricht ist dafür die Grundlage. Trotz des Rückganges der daran teilnehmenden Schülerinnen ist hinsichtlich des Erfolges und der Leistung jedoch ein weiterer Fortschritt zu verzeichnen, wie aus der steigenden Zahl der Schwimmerzeugnisse zu ersehen ist.

	Freischwimmer	Schwimmerzeugnis
1954	1 700	452
1955	1 880	959
1956	1 576	1 037

Leistungsfähigkeit und Stärke des Wiesbadener Sportes zeigten sich darin, daß 14 Sportveranstaltungen von besonderer Bedeutung, dabei die bis jetzt größten „Deutschen Kanumeisterschaften“ (im Schiersteiner Hafen) stattfanden. Zu zwei weiteren Vorolympia-Veranstaltungen kamen noch 8 internationale Sportveranstaltungen.

Die „Deutschen Meister“ wurden in einer Feierstunde gemeinsam mit den vier im Jahre 1846 gegründeten Vereinen — TSV Eintracht, TV Biebrich, TV Erbenheim und TSG Mainz-Kastel — geehrt, wobei Prof. Dr. Carl Diem, Rektor der Sporthochschule Köln, im Kurhaussaal die Festansprache hielt. Als „Olympisches Jahr“ hatte das Jahr 1956 seine besondere Bedeutung für den Wiesbadener Sport. Zu 4 (6) „Deutschen Meisterschaften“ konnte eine „Europa-Meisterschaft“ durch die Mannschaft Arndt — von Groddeck — Borkowsky der Rudergesellschaft Wiesbaden-Biebrich im Zweier mit Steuermann errungen werden, zu der als Krönung des Jahres bei den Olympischen Spielen in Melbourne noch die Silbermedaille kam.

Zahlreiche Landes- und Verbandsmeisterschaften sind ebenso ehrenvoll zu verzeichnen wie die Abhaltung bedeutungsvoller Tagungen der Sportverbände.

Bei den *Übungs- und Wettkampfstätten* sind folgende Fortschritte zu verzeichnen: Im Oranien-gymnasium, in W.-Bierstadt, W.-Kloppenheim und Mainz-Amöneburg wurden neue Turnhallen erbaut. Damit ist die Zahl der stadt- und vereinseigenen Turnhallen auf 40 gestiegen.

Die Umbau- und Erneuerungsarbeiten an der Kampfbahn „Frankfurter Straße“ sind soweit abgeschlossen. Trotzdem ist mit ihrer Fertigstellung noch nicht der Vorkriegsstand erreicht.

Das Spielfeld 2 des Dyckerhoff-Sportfeldes in W.-Biebrich ist ebenfalls soweit fertiggestellt, so daß nun mit den Arbeiten am Hauptspielfeld begonnen werden kann. Auch an der Sportanlage „Rheinblick“ (Steinberger Straße/Erlenweg) wird zur Zeit ein weiteres Spielfeld erbaut.

Die ersten beiden Jugendspielflächen am Erlenweg und in Mainz-Kastel wurden ihrer Bestimmung übergeben und erfreuen sich eines sehr starken Besuches. Eine Rollschuhbahn am „Haus der Jugend“ ist im Bau.

Mehrere Vereine erhielten für die Errichtung, die Erweiterung und Verbesserung ihrer Eigenheime und Anlagen sowie für die Beschaffung von Turn- und Sportgeräten wie auch für Veranstaltungen von besonderer Bedeutung Beihilfen.

Trotz der schlechten Witterungsverhältnisse konnten die *Freizeiten* in den verschiedenen Heimen wie Knüll/Nord-Hessen, Luginsland/Schwarzwald, Spielbach/Franken, Altstädten/Allgäu, Kranzbach und Josefstal/Obb. und Schellenberg/Berchtesgaden zur Durchführung kommen. Auch diesmal zeigte sich wieder der große Wert dieser Art unserer Jugendhilfe und fand besonders in Eltern- und Lehrerkreisen seine Würdigung. Gut 2000 Jugendliche beiderlei Geschlechts waren die Besucher dieser Sommer- und Winterfreizeiten. Erweitert wurde diese Arbeit durch die Aufnahme und Betreuung von 50 Berliner Kindern im Turnerjugendheim auf der Loreley. Der Aufenthalt dauerte vier Wochen und wurde in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und dem Hilfswerk Berlin durchgeführt.

Von der Jugend als wertvolle Einrichtung empfunden und deshalb gern besucht, wurden auch diesmal die sechs Jugendkonzerte (einschließlich Jugendsingen) im Großen Kurhaussaal. Schwedische, französische und Schweizer Jugendgruppen waren wieder Gäste Wiesbadener Familien.

Gemeinsam gestaltete Abendveranstaltungen im „Haus der Jugend“ trugen dazu bei, die Jugend einander näher zu bringen. Ein Besuch des Stadtjugendpflegers in Kehl und Straßburg diente zur Aussprache über deutsch-französische Jugendfragen. Die Veranstaltung war von der internationalen Bürgermeisterunion einberufen worden. Auch der Aufenthalt des Amtsleiters in den Vereinigten Staaten ergab wertvolle Aufschlüsse und Anregungen für unsere Jugendarbeit.

Darüber hinaus wurden Austauschbegegnungen Wiesbadener Jugendgruppen und Jugendgruppenleiter unterstützt.

Durch die Einstellung einer vierten Kraft konnte die Arbeit im *Haus der Jugend* geregelter gestaltet werden. Das Haus steht der organisierten sowie der nichtorganisierten Jugend zur Benutzung der Gruppenräume und Werkräume und zur Durchführung von Lehrgängen und Filmveranstaltungen täglich zur Verfügung. Durch Ausstellungen und Verkauf der von der Jugend selbst gefertigten Sachen und Gegenstände fand die Arbeit des Hauses gebührende Anerkennung.

Das Jugendheim in W.-Biebrich stand der organisierten Jugend in den Abendstunden täglich zur Verfügung und bot somit Gelegenheit, die Gruppenstunden dort abzuhalten. Leider ist die Aufnahme der nichtorganisierten Jugend dort noch nicht möglich. Zwei weitere Jugendheime in W.-Erbenheim und W.-Bierstadt konnten der Jugend übergeben werden. Auch diese Heime wurden mit Inventar und Spiel- und Werkmaterial ausgestattet. Im Haus der Jugend wurden laufend Lehrgänge für Papierarbeiten, Metallarbeiten, Holzarbeiten und Handarbeiten durchgeführt. Die Teilnahme war für alle Jugendlichen frei. Im Winterhalbjahr wurden im Jugendheim W.-Biebrich und Haus der Jugend wöchentlich Filmstunden durchgeführt, um die Jugend mit guten Filmen vertraut zu machen.

Die schlechte Witterung wirkte sich erheblich auf den Besuch des *Jugend- und Sportgeländes* „Rettbergsaue“ aus. Die auf dem Gelände errichtete Zeltjugendherberge erfreute sich des Besuches zahlreicher ausländischer und deutscher Jugendlicher.

Die Jugendsammelwoche ergab den Gesamtbetrag von 9000,40 DM.

Der Unterausschuß Jugendpflege hat als Teil des Stadtjugendwohlfahrtsausschusses seine Arbeit aufgenommen. Zu den bereits bestehenden Stadt- und Ortsjugendringen von Wiesbaden und W.-Biebrich kamen als Neugründungen Bierstadt und Erbenheim hinzu. Die Arbeit der öffentlichen Jugendpflege wurde ergänzt durch die mannigfaltigen Veranstaltungen der freien Jugendpflege.

Im Lehrlingswohnheim konnte die Belegung aufgelockert werden. Das Haus war im Jahresdurchschnitt von 37 Jugendlichen bewohnt. 5 Plätze waren reserviert für die in Deutschland zum Arbeitseinsatz kommenden Ungarnflüchtlinge.

Ab 1. 4. 1956 wurde dem Amt die Verwaltung folgender Einrichtungen übertragen: Freischwimmbad Kleinfeldchen, Rheinstrandbad W.-Schierstein und Luft- und Sonnenbad „Unter den Eichen“. Außerdem wurden als Auftragsangelegenheit die sechs Volksbrausebäder der Verwaltung unterstellt.

Das Freischwimmbad Kleinfeldchen erlebte seit seinem Bestehen die niedrigste Besucherzahl mit nur 150 107 (238 248) Besucher, darunter Jugendliche bis 18 Jahre = 106 544, Erwachsene = 43 563.

In besonderem Maße litt unter der schlechten Witterung das Rheinstrandbad W.-Schierstein, das nur 18 731 (34 259) Besucher, darunter 3998 Erwachsene verzeichnen konnte.

Im Luft- und Sonnenbad „Unter den Eichen“ dagegen stieg die Besucherzahl auf 48 540 (38 950). In diesen Zahlen ist der Besuch durch die vom Schulamt eingerichtete Waldschule mit 2400 Schülern eingeschlossen.

Bei verschiedenen Volksbrausebädern konnten wesentliche Verbesserungen vorgenommen werden. Das Volksbad Rheinstraße wurde von Grund auf überholt.

Insgesamt wurden 177 666 (173 749) Bäder abgegeben.

Das private Reinigungsbad im Wohnbezirk Waldstraße wurde im Interesse der Besucher durch eine Beihilfe unterstützt.

Die DLRG-Rettungsstationen in W.-Schierstein (Hafenspitze) und W.-Biebrich (Rheinufer und Petersaue) wurden wie seither gefördert.